

perspektiven



Prozessberichte – Rassistisches Mobbing –
Massiver Anstieg rassistischer Gewalt – Angriffe auf Geflüchtete
und ihre Unterstützer_innen – Katalysator »Abendspaziergang«

Liebe Leserin,
lieber Leser,

in ganz Mecklenburg-Vorpommern demonstrieren mehrmals wöchentlich Menschen gegen neue Flüchtlingsunterkünfte, Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen und die vermeintliche »Islamisierung des Abendlandes«. Die verharmlosende Selbstbezeichnung der »besorgten Bürger« hat sich weitestgehend etabliert.

Dabei sind den Worten der »Sorge« schon längst Taten gefolgt. Wöchentlich werden der LOBBI rassistische Übergriffe auf Geflüchtete oder deren Unterkünfte bekannt. Doch politische Konsequenzen bleiben aus. Im Gegenteil: vermehrt sind Statements zu hören, die Verständnis für den als Besorgnis deklarierten Rassismus in der Bevölkerung äußern und das Asylrecht wurde wiederholt verschärft.

Die Debatte und die Ereignisse haben mittlerweile eine derartige Dynamik angenommen, dass auch die Artikel dieser Ausgabe jeden Monat aktualisiert werden könnten und vielleicht schon bei Erscheinen neue Aspekte offenbar geworden sind. In dieser auch deshalb deutlich verspäteten Ausgabe der *Perspektiven* dreht es sich vor allem um Gewalt gegen Flüchtlinge und deren Unterstützer_innen. Ein Artikel mit dazugehörigem Interview behandelt rassistisches Mobbing und einen fehlenden Umgang mit den Folgen für die Betroffenen. Ein enormer Anstieg der Angriffszahlen in M-V hat uns auch veranlasst, bereits jetzt auf das Jahr 2015 zurück zu blicken und in zwei weiteren Beiträgen das Angriffsgeschehen aus den Reihen der verschiedensten neuen und nicht ganz so neuen rassistischen Akteur_innen zu analysieren.

Impressum:

PERSPEKTIVEN / Dezember 2015

Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly-Schanzen-Str. 2, 17033

Neubrandenburg / 0395.455 07 18

mail@lobbi-mv.de

V.i.s.d.P.: Robert Schiedewitz

Titelfoto: Refugees fordern ihre Rechte ein,

Güstrow im Mai 2015

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per Mail erhalten wollen.

Ältere Ausgaben des LOBBI-Newsletters finden sie auf unserer Internetseite unter:



lobbi-mv.de/perspektiven/

Haftstrafe nach rassistischem Übergriff bestätigt

Zwei Jahre, nachdem ein polnischer Mann in der Nähe von Pasewalk Opfer eines rassistischen Übergriffes geworden ist, wurde nun auch in zweiter Instanz die Haftstrafe gegen einen der Täter bestätigt.

Der Abend des 29. Oktober 2013 änderte für einen 40-jährigen polnischstämmigen Mann Einiges. Auf dem Weg von der Arbeit nach Hause betankte er seinen PKW in Pasewalk. Dass sein Kennzeichen ihn als Polen auswies, reichte zwei Männern und einer Frau, die sich an der Tankstelle aufhielten, ihn mit hämischen Blicken zu versehen und den Rechtsrock in ihrem Transporter laut aufzudrehen.

Als der später Angegriffene weiterfuhr, folgte ihm der Wagen und überholte ihn schließlich auf der Landstraße kurz hinter dem Örtchen Polzow. Plötzlich bremste der Transporter vor ihm ab und nötigte ihn somit, ebenfalls anzuhalten. Die beiden Männer stiegen aus dem Transporter, gingen auf ihr Opfer zu, das gutgläubig die Scheibe heruntergekurbelt hatte, und begannen unvermittelt auf den Betroffenen einzuschlagen. Sie rissen anschließend die Fahrertür auf und traten auf ihn ein, unter anderem auch gezielt gegen den Kopf. Der Betroffene erlitt erhebliche Verletzungen.

Anderthalb Jahre dauerte es, bis die Körperverletzung sowie das Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole im April 2015 vor dem Amtsgericht in Pasewalk verhandelt wurden. Der 40-jährige Angeklagte Jens B., der auch vor Gericht keinen Hehl aus seiner rechten Gesinnung machte und sich mit eindeutiger Szenekleidung sowie sichtbaren Tattoos präsentierte, verweigerte die Aussage. Dennoch sahen Gericht und Staatsanwaltschaft die Tatvorwürfe als bestätigt an. Aufgrund der zahlreichen Vorstrafen und der damit einhergehenden ungünstigen Sozialprognose wurde eine Haftstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verhängt. Da B. gegen dieses Urteil in Berufung ging, wurde am 13. November 2015 am Landgericht in Neubrandenburg erneut verhan-

delt. Zum Auftakt der neuerlichen Verhandlung reichte die Strafverteidigung einen Antrag ein, sich in der Berufung ausschließlich auf die Strafolgen zu beschränken, wodurch die Täterschaft B.s quasi eingeräumt wurde. Staatsanwaltschaft und Gericht würdigten diese Art »Geständnis«, obwohl bereits erstinstanzlich nach der Beweisaufnahme keine Zweifel an B.s Tatbeteiligung bestanden, entsprechend und verkürzten die Dauer der Haftstrafe auf ein Jahr und zwei Monate.

Dem Betroffenen, der als Nebenkläger in dem Verfahren auftrat, blieb so zumindest eine zweite Aussage vor Gericht erspart. Der Angriff hat ihn stark verunsichert, was sich bis heute auswirkt. Ihm sei an jenem Abend bewusst geworden, dass er von manchen immer noch als »fremd« wahrgenommen werde. Die Dauer der Ermittlungen und des Verfahrens belasteten ihn zusätzlich, so dass er erleichtert war, nach zwei Jahren nun endlich alles hinter sich lassen zu können. Auch

die Nebenklagevertretung gab sich zufrieden, da die rechte Tatmotivation und die Brutalität der Tat durch das Gericht bereits in erster Instanz klar benannt wurden.

Warum jedoch der zweite Täter nicht ermittelt wurde, bleibt weiterhin unklar. Gegen eine Zeugin in dem Verfahren, deren Aussage vor dem Amtsgericht Anklam nach Ansicht des vorsitzenden Richters und anderen Verfahrensbeteiligten bewusst falsch war und möglicherweise dazu dienen sollte, die Täter zu schützen, wurde seitens der Staatsanwaltschaft kein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dies hätte möglicherweise dazu geführt, die Zeugin und den zweiten Täter ebenfalls zur Rechenschaft zu ziehen. Dies, sowie die lange Verfahrensdauer und dadurch aufrechterhaltene psychische Belastung des Betroffenen, hinterlassen einen bitteren Beigeschmack. ■

Keine Reue zu erkennen

Im Juni 2014 kam es auf dem Gnoiener Mühlenfest zu einem folgenschweren Angriff. Zunächst wurde ein Jugendlicher von mehreren Rechten attackiert, weil er sich mit »Zecken« abgebe. Als einer seiner Freunde den Kopf der Angreifer Pascal S. zur Rede stellen wollte, wurde er ebenfalls angegriffen. Durch Schläge und Tritte verlor er zwei Schneidezähne.

Ein Jahr später fand dann vor dem Güstrower Amtsgericht der Prozess gegen den 20-jährigen S. und zwei Mittäter statt. Der zum Tatzeitpunkt 17-jährige Betroffene schloss sich der Verhandlung als Nebenkläger an. Keiner der Angeklagten äußerte sich zur Tat, obwohl sie bei ihren polizeilichen Vernehmungen bereits Aussagen gemacht hatten. Trotz mehrerer Hinweise von Gericht und der Staatsanwaltschaft, änderten sie ihre Einstellung nicht. Sie bemühten sich auch nicht um einen Rechtsbeistand, obwohl ihnen auch dies wiederholt nahegelegt wurde. Überhaupt machten sie über weite Strecken den Eindruck, den Ablauf und die Relevanz des Prozesses nicht wirklich zu erfassen. Vielmehr schienen sie sich zu langweilen, mitunter grinsten sie amüsiert.

Der Betroffene musste sich indes fragen lassen, warum er eine Aussprache mit den Angreifern führen wollte und sich damit freiwillig in eine riskante Situation brachte. Der Vorwurf, dass er eine körperliche Auseinandersetzung gesucht

habe, in der er letztendlich unterlegen war, stand dabei im Raum. Obwohl der Nebenklagevertreter mehrfach die politische Motivation des Angriffs thematisierte, spielte sie im Urteil keine Rolle.

Entsprechend wenig befriedigend war das Urteil dann auch für den Betroffenen. Die Angreifer wurden lediglich zu Geldzahlungen von wenigen hundert Euro bzw. Arbeitsstunden verurteilt. Zwar muss Pascal S. auch für zivilrechtliche Ansprüche in Höhe von knapp 6000 Euro aufkommen. Ob diese jedoch jemals zu vollstrecken sind, ist mehr als fraglich.

Auch über bereits im Jahr 2014 gestellte Entschädigungsanträge ist bisher nicht entschieden worden. So müssen der Betroffene und seine Familie bisher alleine für Behandlungskosten in Höhe von über 3000 Euro aufkommen. Die LOBBI konnte sie aus dem Opferhilfefonds (siehe auch Seite 12) jedoch zumindest mit einem Betrag von 800 Euro entlasten. ■

Kein sicherer Ort

Böllerwürfe, abgerissene Briefkästen, nächtliches Klopfen und drohende Gesten: Immer wieder werden Übergriffe und Schikanen im direkten Wohnumfeld von Geflüchteten, Migrant_innen und People of Color berichtet. Für die Betroffenen bedeuten diese Vorfälle einen erheblichen Eingriff in ihren persönlichen Sicherheitsbereich – auch dann, wenn sie nicht strafrechtlich relevant sind.

Die rassistische Mobilisierung hat in den letzten Monaten einen Höhepunkt erreicht. Fast täglich finden Kundgebungen sogenannter Asylkritiker_innen statt, in sozialen Netzwerken wird offen rassistisch gehetzt und es gibt immer mehr Übergriffe auf Geflüchtete und deren Unterstützer_innen. Angeheizt von dieser Stimmung, agieren Neonazis und Rassist_innen auch im direkten Wohnumfeld von Geflüchteten und People of Color. Tägliche Schikanen fördern ein Klima der Angst zutage, was es für die Betroffenen mitunter unmöglich macht, sich sicher zuhause oder in ihrem Wohnviertel zu bewegen. Durch Blicke, Gesten, Äußerungen und gezielte feindselige Handlungen wird ihnen unmissverständlich klar gemacht: Ihr seid hier nicht willkommen!

Angst vor dem Schlimmsten

Diesem rassistischen Mobbing, das im Einzelnen häufig keinen Straftatbestand erfüllt, in der Gesamtheit jedoch als psychische Gewalt gewertet werden muss, sehen sich die Betroffenen meist hilflos ausgesetzt. Die Polizei, häufig nicht mit Fremdsprachenkenntnissen ausgestattet, nimmt keine Anzeige auf und kann nicht zum Schutz beitragen. Nicht selten wurden Betroffene in der Vergangenheit darauf hingewiesen, sie erst zu alarmieren, wenn tatsächlich ein Übergriff stattgefunden hat. Bei der Unterbringung von Geflüchteten gibt es, abgesehen von den Gemeinschaftsunterkünften, kein Schutzkonzept, und häufig fehlt es auch an Unterstützungsstrukturen, an die sich Betroffene wenden können. Neben der akuten Bedrohung sind viele Geflüchtete durch traumatische Ereignisse in ihrem Herkunftsland belastet, die ebenfalls zu einem permanenten Gefühl der Angst führen. Sicherheit, die sie gehofft hatten hier zu finden, kann nicht gewährleistet werden, zumal die Schwelle, Gewalt anzuwenden, in der hiesigen Gesellschaft immer weiter sinkt.

Warten, bis etwas passiert?

Gerade in dieser Situation ist es wichtig, den Betroffenen solidarisch zur Seite zu stehen und damit das Gefühl der Ohnmacht zu vermeiden. Eine Doku-

mentation der Vorfälle kann hilfreich sein, um das Ausmaß der Schikanen zum Beispiel bei der Polizei oder dem Vermieter deutlich zu machen. Werden Straftatbestände wie Beleidigung, Bedrohung oder Sachbeschädigung erfüllt, gibt es die Möglichkeit, Anzeige zu erstatten. Sollte der Polizei bekannt geworden sein, dass es zu rassistischem Mobbing und Anfeindungen gekommen ist, können die Betroffenen nach einer direkten Durchwahl der den Fall bearbeitenden Beamt_innen fragen. Auch wenn es das Ziel der Täter_innen ist, die Betroffenen einzuschüchtern und zum Wegzug zu bewegen, kann genau das auch eine Entlastung und Wiederherstellung des Gefühls von Autonomie und Sicherheit bewirken. Weitere Hinweise finden sich in der Broschüre »Im Fokus von Neonazis«, die auf der Internetseite der *LOBBI* heruntergeladen oder in den beiden Regionalbüros bestellt werden kann.

Forderungen

Rassistisches Mobbing beziehungsweise Einschüchterungsversuche sind bisher nicht strafbar. Sicherheitsbehörden sollten jedoch für Rassismus sensibilisiert werden. So ist es unter anderem dringend erforderlich, dass Notrufzentralen mehrsprachig besetzt sind. Die empfundene Drohkulisse sollte ernst genommen und nicht heruntergespielt werden, nur weil in den Augen der Beamt_innen keine Straftatbestände wie Nötigung oder Bedrohung erfüllt sind. Ferner sollten andere präventive Möglichkeiten der Polizei wie sogenannte Gefährderansprachen, in denen die Täter_innen gezielt auf die Folgen der möglichen Begehung einer Straftat hingewiesen werden, genutzt werden.

Auch fehlt es in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor an einer spezialisierten Antidiskriminierungsberatung. Häufig sind Betroffene rassistischen Mobbings auch anderen Formen der Diskriminierung ausgesetzt. Zudem wäre es sinnvoll, wenn Geflüchtete und anerkannte Flüchtlinge nicht in einem Wohnumfeld untergebracht werden, in dem von vornherein klar ist, dass ihre Sicherheit dort nicht garantiert werden kann. ■

»Wenn du dich hier nicht sicher fühlst, geh doch zurück nach Syrien.«

Ein 28-jähriger Syrer, der seit 2012 in Deutschland lebt und anerkannter Flüchtling ist, war bereit, über seine Erfahrungen mit rassistischen Einschüchterungsversuchen in der Nachbarschaft zu sprechen. Er wurde 2015 zwei Mal in seinem direkten Wohnumfeld körperlich angegriffen. Die Feindseligkeit seiner Nachbar_innen bekam er jedoch schon lange vorher zu spüren. Die erhoffte Unterstützung durch die Polizei blieb jedoch aus. Das Interview wurde auf Englisch geführt.

Du hast uns erzählt, dass du immer wieder beleidigt und angegriffen wirst. Seit wann lebst du in deiner Wohnung und was ist passiert?

Es ging schon los, als ich vor anderthalb Jahren hergezogen bin. Zuerst haben die Leute nur gelacht und mit dem Finger auf mich gezeigt. Einige waren freundlich. Als sie jedoch bemerkten, dass ich kein Deutsch verstehe, sagten sie Dinge wie »Hallo Schlampe« und ich grüßte zurück. Erst als ein Freund bei mir war, habe ich erfahren, was es bedeutet. Sie machten sich über mich lustig. Mit einigen Nachbarn nahm ich Kontakt auf und sie kamen zu Besuch. Als ich das nicht mehr wollte, wurden sie aggressiv und begannen, alles gegen mich zu verwenden, was ich tat. Sie haben ihre Freunde geholt, die noch aggressiver waren.

Wann hast du die Polizei zum ersten Mal gerufen?

Ich habe die Polizei schon nach zwei oder drei Monaten das erste Mal gerufen, nachdem mein Türspion beschädigt und Müll vor meiner Haustür ausgeleert wurde. Ich war sehr überrascht von ihrer Reaktion. Sie sagten, hier ist es schlecht und ich soll wegziehen. Außerdem haben sie gesagt, dass ich den Müll vielleicht selbst vor meiner Tür abgeladen habe.

Welche Erfahrungen hast du danach mit der Polizei gemacht?

Ich wurde bei einer Halloweenparty zusammengeschlagen, nachdem die Täter sich über meine Homosexualität lustig gemacht hatten. Ich dachte, es wäre normal in Deutschland, darüber Scherze zu machen, doch dann wurde ich geschlagen.

Ich rief die Polizei und sie schrieben auf, was passiert ist. Danach ließen sie mich blutüberströmt zurück, ohne mir zu sagen, was ich nun tun soll. Sie gaben mir überhaupt keine Informationen. Ich ging alleine ins Krankenhaus. Ich war sehr enttäuscht. Ein paar Monate später kam ein Brief,

ich sollte zur Polizei kommen. Ich sagte Ihnen, ich möchte keine Anzeige erstatten. Ich wollte einfach nur meine Ruhe haben hier in Deutschland.

Wie geht es dir aktuell?

Ich bin geschockt. Wegen der Unsicherheit. Ich dachte, alles ist perfekt in Deutschland, wegen der Vergangenheit, den Kriegen und den Nazis, dass dadurch alles aufgearbeitet wurde und das Land nun frei ist. Das war zumindest das Bild, das ich in Syrien von Deutschland hatte. Dass niemand stehlen muss oder Angst haben muss, seine Meinung zu sagen oder zu zeigen, wer er ist. Aber diese Sicherheit können die Sicherheitsorgane nicht durchsetzen. Ein Polizist hat zu mir gesagt, wenn ein Bild von einem nackten Mann in meiner Wohnung hängt, kommt er nicht zu mir. Ich musste es abnehmen. Und: »Wenn du dich hier nicht sicher fühlst, geh doch zurück nach Syrien.« Es ist besser hier als in Syrien. Aber vielleicht habe ich einfach zu viel Gutes gehört und gedacht.

Gibt es noch etwas, was du gerne sagen möchtest?

Ich wünsche mir und für alle Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, dass sie in ihrer Sprache schriftlich über Sicherheit und Ordnung in Deutschland aufgeklärt werden, wen sie wann anrufen müssen. Vielleicht kann es auch eine Hotline für Flüchtlinge geben. Und Polizeibeamte, aber auch Mitarbeiter im Krankenhaus sollten zumindest Englisch sprechen. Ich habe die Polizei angerufen und sie haben zu mir gesagt »Ich kann Sie nicht verstehen« und aufgelegt. Wir sind in der EU, und ich bin überrascht, dass Menschen zwar eingeladen werden, hier zu leben, es aber an der entsprechenden Bildung fehlt. Ich finde das sehr unprofessionell. Es wird von Integration gesprochen, aber gemeint ist damit Assimilation. ■

Rassistische Gewalt nimmt drastisch zu

In den Monaten Januar bis Oktober registrierte die LOBBI bereits 118 rassistische und andere rechte Angriffe im Bundesland, im gesamten Jahr 2014 waren es 81 Attacken. Diese Zunahme liegt vor allem an einem Anstieg rassistisch motivierter Angriffe. Bereits im ersten Halbjahr lag knapp zwei Drittel aller Taten ein rassistisches Motiv zugrunde. Auch in den darauf folgenden vier Monaten richteten sich von 64 Angriffen lediglich 20 nicht gegen Geflüchtete und andere Migrant_innen.

An jedem dritten Tag ein Angriff in M-V

Statistisch gesehen kam es 2015 bisher jeden dritten Tag zu einer rechten Gewalttat. Bei einem Großteil der Angriffe handelt es sich um Körperverletzungen (59), sowie versuchte Körperverletzungen, Nötigungen und Bedrohungen (44). Aber auch (15) zielgerichtete Sachbeschädigungen bzw. Brandstiftungen hat die LOBBI bisher registriert. Nicht dazu gehören jedoch eine Vielzahl weiterer Sachbeschädigungen, die in Schadenshöhe oder Vehemenz nicht als Gewalttat einzustufen sind, oder bei denen es keine direkt Betroffenen gibt. Insbesondere Attacken auf schon bestehende oder zukünftige Flüchtlingsunterkünfte sind in der Statistik deshalb mitunter nicht erfasst. Von den mehr als 100 Angriffen waren mindestens 203 Menschen unmittelbar betroffen.

Das Dunkelfeld bleibt groß

Es ist davon auszugehen, dass es zu weitaus mehr rechts bzw. rassistisch motivierten Gewalttaten gekommen ist. Insbesondere in ländlichen Regionen mit wenig Unterstützungsstrukturen gibt es für Betroffene kaum Zugänge zu Beratungsangeboten. Außerdem ist anzunehmen, dass gerade Geflüchtete, die erst kürzlich ins Bundesland gekommen sind, nicht über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen, keine Informationen über Beratungsangebote erhalten oder schlicht zu eingeschüchtert sind, eine Anzeige zu erstatten oder sich an die LOBBI zu wenden.

Aufgrund der Erfahrungen aus den Vorjahren ist es außerdem sehr wahrscheinlich, dass sich die Anzahl der bekannt gewordenen Angriffe durch Nachmeldungen nochmals erhöht.

Die Zusammenhänge sind offensichtlich

Es liegt nahe, die Zunahme der Angriffe in Zusammenhang mit der aktuellen rassistischen Mobilisierung in der Bundesrepublik zu bringen. Was als Hetze auf einschlägigen Facebookseiten und Blogs beginnt, setzt sich auf der Straße fort. Waren es

auf den Aufmärschen in den ersten Monaten des Jahres vor allem »die da oben« und die »Lügenpresse«, gegen die sich der »Volkszorn« richtete, so änderte sich dies spätestens in den Sommermonaten. Immer offener wird seitdem gegen Geflüchtete gehetzt, die wahlweise als »Invasoren«, »Schmarotzer« oder »Terroristen« bezeichnet werden. Diese Stimmung animiert immer mehr Personen zu Angriffen auf Menschen, die sie für Asylsuchende halten. Mitunter zeigt sich dieser Zusammenhang auch ganz deutlich, wenn etwa in Wismar Menschen direkt nach einem Aufmarsch mit Flaschen beworfen werden oder in Schwerin eine Notunterkunft angegriffen wird.

Auf Hetze folgen Angriffe – diese Konsequenz sollten sich auch all jene Politiker_innen verdeutlichen, deren Polemik mitunter schon wieder erschreckend an die 90er Jahre erinnern. Was damals auf »Das Boot ist voll!« folgte, ist bekannt: Lichtenhagen, Mölln, Solingen. Der Landtagswahlkampf steht vor der Tür und alle demokratischen Parteien sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein!

Gemeinsame Forderungen

Rassistische Gewalt hat 2015 nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in den meisten Bundesländern deutlich zugenommen. Das Bundestreffen aller Mitgliedsorganisationen des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt formulierte deshalb Anfang Oktober konkrete Forderungen. Die Berater_innen fordern eine konsequente, strafrechtliche Verfolgung, die Rassismus als Tatmotiv nicht voreilig ausschließt und die die Schilderungen von Betroffenen und Zeug_innen ernst nimmt. Sie verlangen die Einhaltung von Opfer- bzw. Zeugenschutzstandards, wie das Recht auf Anonymisierung der persönlichen Daten von Betroffenen, professionelle Übersetzung bei Anzeigenaufnahme und Zeug_innenvernehmungen oder Hinweise auf spezialisierte Opferberatungs-

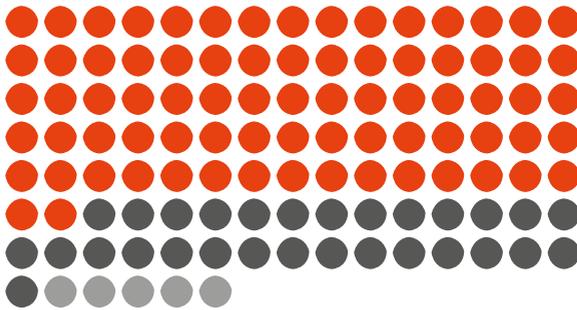
stellen durch Ermittlungsbehörden. Einig sind sie sich auch, dass die Kapazitäten der unabhängigen Opferberatungsstellen dem gestiegenen Bedarf und den komplexeren Aufgaben angepasst werden müssen. Dies gilt ganz besonders für viele westdeutsche Bundesländer.

Endlich Konsequenzen ziehen

»Die Opfer abschieben, heißt die Täter_innen zu unterstützen.« So begründet der Verband der Beratungsstellen eine seiner Hauptforderungen.

Diese ist nicht neu. Schon seit Jahren fordern die Berater_innen ein Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt. »Ein sofortiges und dauerhaftes Bleiberecht für alle Betroffenen rassistischer Gewalt ist unbedingt notwendig, und zwar unabhängig von den Folgen der Tat – nicht nur wegen der juristischen Verfahren. Es ist vor allem ein politisches Signal an die Täter_innen, dass ihre politischen Ziele nicht nur geächtet werden, sondern auch nicht durch Abschiebungen durchsetzbar sind.« Dem bleibt nichts hinzuzufügen. ■

118 ANGRIFFE MIT 203 BETROFFENEN



77 TATEN WAREN RASSISTISCH MOTIVIERT

29 TATEN GEGEN POLITISCH AKTIVE

5 TATEN GEGEN »NICHT RECHTE« UND »ALTERNATIVE«

59 KÖRPERVERLETZUNGEN

5 BRANDSTIFTUNGEN

9 ZIELG. SACHBESCHÄDIGUNGEN

44 BEDROHUNGEN, NÖTIGUNGEN, VERSUCHTE KÖRPERVERLETZUNGEN



Die Zahl rechter Angriffe ist bereits bis Ende Oktober 2015 deutlich höher als im gesamten Vorjahr

Schwerpunktregionen waren Stadt und Landkreis **Rostock**, wo etwa ein Viertel der Angriffe stattfand. In Vorpommern-Greifswald blieb die Angriffszahl konstant hoch, in **Vorpommern-Rügen** ist sie deutlich angestiegen.

Statistisch gesehen ereignete sich 2015 bis Ende Oktober etwa **alle 3 Tage** ein rechter Angriff.

Wenn aus Worten Taten werden

Seit August finden in Mecklenburg-Vorpommern rassistische Aufmärsche in einer bisher nicht gekannten Frequenz statt. Alleine im Oktober gab es mindestens 36 solcher Veranstaltungen, an denen sich jeweils mehrere Hundert Personen beteiligten. In kaum einer Stadt im Bundesland liefen die selbst ernannten »Patrioten« noch nicht auf. Das Ergebnis: fast überall eine extrem aufgeheizte Stimmung und eine drastische Zunahme rechter Gewalt. Zeit für einen Paradigmenwechsel.

»Wir sind das Volk«

Bereits Anfang des Jahres gingen mit *Mvgida* hunderte selbsternannte »besorgte Bürger_innen« auf die Straße. Die Reaktion auf deren »Spaziergänge« war damals mit wenigen Ausnahmen relativ eindeutig. Die immer offener zu Tage tretenden personellen und organisatorischen Verquickungen mit der NPD wurden breit thematisiert. Ministerpräsident Erwin Sellering sagte noch im Januar, man dürfe »Mvgida nicht die Straße überlassen« und beteiligte sich am Gegenprotest.

Eine Dynamik wie beim Dresdner Original blieb den hiesigen »Patrioten« sicher auch deshalb verwehrt. Schon im Frühjahr schien der Zenit der Mobilisierung, die im Schatten der Angst vor Terrorismus und »Islamisierung« daherkam, überschritten. Den Einpeitscher_innen aus der organisierten rechten Szene war es zwar kurzzeitig gelungen, alte Weggefährter_innen und Teile ihres Wählerpotentials auf die Straße zu bringen, doch für eine wirkliche Öffnung der Zielgruppe reichte es noch nicht.

Im August gewann dann der Themenkomplex Flucht und Asyl schlagartig an Aktualität. Die Situation an den europäischen Außengrenzen hatte sich verschärft, das sogenannte Dublin-Abkommen, das die Zuständigkeit der EU-Länder für die Bearbeitung der Asylanträge regelt, wurde zeitweilig außer Kraft gesetzt und die Anzahl der Asylsuchenden in Deutschland wuchs nochmals deutlich an. Bundesweit ist Asylpolitik seitdem das dominierende Thema und für viele Menschen in den Alltag vordringend. Die einen haben neue Nachbar_innen, andere sind in einer Hilfsgruppe aktiv. Viele haben in den Geflüchteten aber auch einfach nur einen neuen Sündenbock für alle erdenklichen Probleme gefunden.

Aus Sorge wird Hetze

Diese Gemengelage wird auch auf den Einwohner_innenversammlungen deutlich, die überall dort abgehalten werden, wo Geflüchtete untergebracht werden sollen. Fast immer sind die Ver-

anstaltungen gut besucht, nicht selten überfüllt. Die aufkommenden Fragen und vorgebrachten Befürchtungen drehen sich dabei immer wieder um die gleichen Themen: Sicherheit der (eigenen) Kinder, Situation in Schulen und Kitas, Überlastung der örtlichen Infrastruktur, Kriminalität und Kosten. Die Nuancen, in denen diese Themenfelder diskutiert werden, hängen in erheblichem Maße von den Menschen ab, die die Diskussion prägen. Zentral ist aber auch die Rolle der Moderation und der Referierenden. Wenn diese aus einer klaren und eindeutig kommunizierten Grundhaltung heraus agieren, gut vorbereitet und aussagefähig sind, kann ein sachliches Gespräch gelingen. Wenn rassistischen Ausfällen aus dem Publikum jedoch nicht sofort entsprechend begegnet wird, gewinnt der Mob schnell die Oberhand. Denn neben Bürger_innen, die Informationen verlangen, um Unsicherheiten auszuräumen oder Zugang zu Hilfestrukturen zu bekommen, treten immer wieder auch jene Menschen auf, die Vorurteile verbreiten oder »Dampf ablassen« wollen.

Und auch im Internet, insbesondere auf Facebook, haben sich Rassist_innen ein eigenes »Informations«biotop geschaffen. Gerüchte und gezielte Lügen werden verbreitet, um das eigene Weltbild zu bestätigen bzw. weiter zu radikalisieren. Absurde Fragen werden diskutiert und krusche Verschwörungstheorien von Flüchtlingsinvasionen, gleichgeschalteten Medien oder einer geplanten Vernichtung des deutschen Volkes verbreitet.

Aus Hetze wird Gewalt

Solche apokalyptischen Szenarien und die kontinuierliche Hetze mittels Flugblättern und auf den virtuellen Pinnwänden der Anhängerschaft haben für eine verstärkte Mobilisierung auf hiesigen Straßen gesorgt. Zahlenmäßige Höhepunkte bisher: 700 Menschen bei *Mvgida* in Wolgast und ein Auftritt der *Alternative für Deutschland (AfD)* mit etwa 1000 Teilnehmer_innen in Rostock. Unter dem Motto »Asylchaos stoppen!« liefen sie durch die

Städte und skandierten eindeutige Parolen. Doch dabei blieb es nicht. Ausgerechnet in der Stadt des Pogroms von Lichtenhagen griff ein teils erheblich bebrunkener Mob Protestierende mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern an. Im Hauptbahnhof gab es Jagdszenen auf Geflüchtete, die Rostock auf dem Weg nach Schweden erreichten. In Stralsund gab es bei Aufmärschen der *MV.Patrioten* wiederholte Angriffe auf Gegendemonstrant_innen. Ein Journalist wurde mit Fäusten attackiert, nachdem die »Patrioten« eine Polizeikette durchbrochen, hatten. Ein anderes Mal flohen Tourist_innen vor dem »Volk«.

Wenige Stunden nach einem Aufmarsch der AfD in Schwerin wurden im November vier syrische Jugendliche mit Flaschen und Steinen attackiert. Ähnliches geschah auch in Wismar, ebenfalls kurz nach Ende einer rechten Demonstration. Ende September kam es in Schwerin-Lankow zu einem Angriff auf eine Notunterkunft für Geflüchtete. Wieder hatte vorher eine rechte Versammlung statt gefunden.

In Breesen bei Laage, in Boizenburg, in Sellin und in Trassenheide wurden Gebäude angezündet, die kurz zuvor als geplante Flüchtlingsunterkünfte vorgestellt wurden. Präventiv-Brandstiftung zur konstruierten Selbstverteidigung.

Altbekannte Analyseschwächen

Die Menschen, die nun zu Täter_innen werden, an Aufmärschen teilnehmen oder im Internet Vernichtungsphantasien kundtun, haben eines gemeinsam: Rassismus treibt sie an. Das Konstrukt des »Rechtsextremismus« als geschlossene und umfängliche Ideologie eines klar identifizierbaren Personenkreises scheidet zwangsläufig an dieser Realität. Dann ist ein Aufmarsch eben auch erst dann so richtig »extrem«, wenn er von der NPD organisiert oder zumindest dominiert wird. Alles andere ist ganz schnell »Asylkritik« oder Ausdruck von »Sorgen und Nöten«.

Ohne einen Paradigmenwechsel wird eine Analyse der aktuellen politischen Wirklichkeit also nicht gelingen. Wer nicht bereit ist, Rassismus als grundlegendes Problem unserer Gesellschaft anzuerkennen, das nicht nur die Debatten am Stammtisch prägt, sondern im gesamten (partei)politischen Spektrum wirkt und das Handeln staatlicher Institutionen beeinflusst, wird ihm nicht wirkungsvoll begegnen können. Ob solche Einsichten sich in Zeiten eines bevorstehenden Landtagswahlkampfes durchsetzen können und zu entsprechenden Äußerungen und Entscheidungen führen, bleibt abzuwarten. ■

Aus der Chronologie

30. Juli – Rostock

Fünf aus Syrien geflüchtete Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren werden von zwei Personen rassistisch beschimpft und mit einem Schlagstock bedroht. Anschließend werden zwei von ihnen gewürgt und getreten.

22. August – Burg Stargard

Teilnehmer_innen eines alternativen Jugendcamps werden auf einem Aktionstag in Burg Stargard von lokalen Neonazis verfolgt, die versuchen, sie und ihre Busse mit Flaschen und Steinen anzugreifen. Ein Strafverfahren wurde nicht eingeleitet.

25. September - Stralsund

Am Rande eines Aufmarsches der sogenannten MV.Patrioten wird ein Kameramann von Teilnehmer_innen der Versammlung gezielt ins Gesicht geschlagen, die zuvor eine Polizeikette durchbrochen haben.

25. September – Schwerin

Sieben Personen greifen eine Notunterkunft für Geflüchtete an. Zunächst randalieren sie am Gebäude, dann bewerfen sie Wachschutzmitarbeiter mit Flaschen und Holzpfosten. Wenige Stunden zuvor hat im Viertel ein Aufmarsch des örtlichen Ablegers von »Deutschland wehrt sich« statt gefunden.

8. Oktober - Stralsund

Vier Frauen aus Syrien und Ägypten werden in einem Geschäft von einem betrunkenen Mann rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Der Mann war zuvor in das Geschäft gekommen und hatte die Betroffenen des Diebstahls beschuldigt.

Beleidigt, bedroht, angegriffen

Die Ankunft hunderttausender geflüchteter Menschen hat 2015 die innenpolitischen Debatten dominiert. Spätestens seit August ist das Thema in den Medien omnipräsent. Das ist richtig und wichtig, sorgt aber auch für eine gesellschaftliche Polarisierung in bisher kaum gekanntem Ausmaß. Rassistische Hetze, Aufmärsche und Angriffe auf der einen Seite, Hilfsbereitschaft auf der anderen – auch in ländlichen Regionen M-Vs. Doch jene, die Flüchtlinge aktiv unterstützen, sie betreuen oder sich solidarisch positionieren, geraten immer stärker in den Fokus von Neonazis und anderen Rassist_innen.

Der Rücktritt eines Bürgermeisters im sachsen-anhaltinischen Burgenlandkreis sorgt im März bundesweit für Furore. Er hatte sich im Dezember 2014 in einem Amtsblatt öffentlich, wenn auch halbherzig, für die Unterbringung von Geflüchteten in Tröglitz ausgesprochen. Doch schon dies war anscheinend Grund genug, ihn massiv unter Druck zu setzen. Zehn NPD-organisierte »Spaziergänge« durchs Dorf später reicht es ihm. Als er erfährt, dass die »besorgten Bürger_innen« nun direkt vor das Wohnhaus seiner Familie ziehen wollen und dürfen, legt er sein Amt nieder. Nun sprechen auch all jene von einer Niederlage für die Demokratie, die zuvor nicht willens waren, dem Kommunalpolitiker die notwendige Rückendeckung zu geben.

»Einige wünschen mir den Tod an den Hals«

Anfeindungen gegen Kommunalpolitiker_innen sind auch in Mecklenburg-Vorpommern zum Alltag geworden. Schwerins Oberbürgermeisterin Gramkow wird lautstark auf Einwohner_innenversammlungen beschimpft, weil sie sich klar gegen anwesende Rassist_innen positioniert. Rostocks Sozialsenator Bockhahn wird im Internet mit dem Tod bedroht, weil er sich für eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden ausspricht. Karen Larisch, Güstrower Stadtvertreterin und Mitglied des Kreistages wird über Monate von örtlichen Neonazis bedroht, beleidigt und angegriffen, weil sie in der Stadt lebende Geflüchtete unterstützt. Viele weitere Beispiele wurden bisher nicht öffentlich thematisiert, meistens deshalb, weil die Betroffenen dies nicht wünschen. In den jeweiligen Kommunen sind diese dennoch Thema: auf der Straße, im Verein oder in politischen Kreisen. Klare Positionierung auf der Seite der Betroffenen? Meist Fehlanzeige.

»Auch wir stehen im Fokus«

Sich ehrenamtlich für Geflüchtete zu engagieren, ist für viele Menschen im Bundesland selbstverständlich geworden. Was für ein gesellschaftlicher

Fortschritt gegenüber den 90er und frühen 2000er Jahren! Weniger selbstverständlich ist es jedoch, dieses Engagement öffentlich zu machen. Viele Helfende mussten selbst erleben, wie viel Ablehnung oder gar Hass ihnen in der Nachbarschaft oder im Internet entgegenschlägt, andere kennen zumindest Berichte über solche Geschehnisse. Fotos, Namen oder Adressen von Mitgliedern örtlicher Willkommensinitiativen werden veröffentlicht, Reifen zerstochen, Häuser beschmiert und Drohbriefe verschickt. Einige Betroffene machen solche Vorfälle öffentlich oder stellen Strafanzeigen, andere finden Halt und Solidarität im persönlichen Umfeld. Viele ziehen sich jedoch zurück und werden gar nicht erst aktiv, weil sie sich nicht in Gefahr bringen wollen.

Doch niemand kann sagen, wie viele sich bereits zurück gezogen haben oder kurz davor stehen.

»Alle an die Wand stellen!«

Warum werden Menschen angefeindet, die ehrenamtlich Deutsch unterrichten, in Notunterkünften helfen oder viel Engagement als hauptamtliche Betreuer_innen zeigen? Die Vorwürfe der Rassist_innen ähneln sich immer wieder: Ihr sorgt dafür, dass »die« sich hier wohlfühlen. Deshalb kommen immer mehr von »denen«. Damit fällt Ihr »eurom Volk« in den Rücken.

Aufmärsche in einer bisher nicht gekannten Frequenz sorgen für ein neues Selbstbewusstsein der selbsternannten »Patrioten«. Hunderte Facebookseiten liefern täglich neues Futter für offenen Rassismus und bieten Raum für Vernichtungsphantasien. Die Folgen bekommen vor allem Betroffene rassistischer Gewalt zu spüren, die immer öfter beschimpft, bedroht und attackiert werden. Aber eben auch all jene, die sich an deren Seite stellen.

»Seien Sie froh, dass Ihr Auto nicht brennt!«

Mit praktischer Hilfe können die Betroffenen nur selten rechnen, oft nicht mal mit Verständnis

für ihre Situation. Vielmehr wird ihnen vorgeworfen, sich aufzuspielen, selbst schuld an der Situation zu sein, oder ihre Glaubwürdigkeit wird in Frage gestellt. Kommunalpolitiker_innen, die öffentlich machen, was ihnen widerfahren ist, müssen sich anhören, dass sie das Ansehen der Kommune beschädigen. Vorfälle werden bagatellisiert oder umgedeutet. Polizeibeamte wirken genervt, wenn sie schon wieder eine Strafanzeige entgegennehmen sollen, oder konfrontieren Betroffene gar mit Statements wie: »Also wenn ich das gewesen wäre, hätte ich einen Molotowcocktail genommen.«

Es betrifft uns alle!

Die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements – gerade in der Unterstützung und Betreuung geflüchteter Menschen – wird in den Medien und in Statements aus der Landespolitik oft und gerne betont. Die eine mag dabei vor allem das Image des Bundeslandes vor Augen haben, der andere denkt vielleicht in erster Linie an mögliche Einsparungen. Doch das mindert den wirklichen Beitrag nicht, den all jene, die Geflüchtete willkommen heißen und praktisch unterstützen, für eine offene und pluralistische Gesellschaft leisten. Sie schaffen Austausch und Verständigung. Ihr Engagement wirkt rassistischer Ausgrenzung entgegen. Sie zeigen praktische Solidarität. Und Solidarität steht ihnen zu, wenn sie eingeschüchtert, bedroht oder angegriffen werden.

An der Seite der Betroffenen

Organisierte Neonazis und Rassist_innen aus der viel beschworenen Mitte der Gesellschaft wollen Engagierte einschüchtern, in die Isolation und damit letztendlich in den Rückzug drängen. Dies gelingt ihnen dann besonders leicht, wenn Betroffene in ihrer Situation alleine gelassen werden. Wenn sie dagegen Wertschätzung, öffentliche Solidarität und praktische Unterstützung erfahren, können sie das Mobbing im Internet oder die Sachbeschädigung am Büro oft besser verarbeiten und gehen aus solchen Situationen mitunter sogar gestärkt hervor. Oft sind es schon kleine Schritte, die viel bewirken können – das Anteil nehmende und aufbauende Gespräch, die Spendenaktion oder die gemeinsame Erklärung der Gemeindevertretung.

Konkrete Hinweise für Betroffene und Personen, die sich mit ihnen solidarisch zeigen wollen, finden sich auch hier:

 lobbi-mv.de/material/fokus/ ■

Aus der Chronologie

10. Oktober – Rostock

Ein aus Tschetschenien geflüchteter Mann wird von vier Personen rassistisch beleidigt. Dann schlagen die Rechten auf ihn ein, so dass er zu Boden fällt. Anschließend treten die Angreifer auf den am Boden Liegenden ein.

30. Oktober - Wismar

Zwei aus Syrien geflüchtete Männer werden vor einer Notunterkunft von einer größeren Personengruppe angegriffen. Sie werden geschlagen, getreten und mit Elektroschockern verletzt. Einer der beiden Betroffenen wird sogar mit einer Axt attackiert.

15. November - Stralsund

Vor einer Diskothek wird ein Mann aus Syrien von vier Personen attackiert. Seine Verletzungen müssen im Krankenhaus ambulant behandelt werden.

16. November – Schwerin

Eine Gruppe von etwa 15-20 vermummten Rechten versucht, das Kultur- und Wohnprojekt »Komplex« zu stürmen. Als ihnen dies nicht gelingt, skandieren sie rechte Parolen und sprechen Gewalt- und Mordandrohungen aus. Wenig später versuchen sie sich Zugang zum Haus von linken Aktivisten zu verschaffen. Als auch dies scheitert, brüllen sie erneut Beleidigungen und Bedrohungen. Anschließend ziehen sie zu einer ehemaligen Notunterkunft für Geflüchtete.

21. November – Schwerin

Nach einem AfD-Aufmarsch werden vier aus Syrien geflüchtete Jugendliche von einer etwa 10-köpfigen Personengruppe beleidigt und geschubst. Sie können fliehen und werden mit Steinen und Flaschen beworfen, die sie glücklicherweise nicht treffen.

mehr unter:  lobbi-mv.de/chronologie

Viele Betroffene leiden oft noch lange an den schwerwiegenden physischen, psychischen, materiellen und sozialen Folgen von Gewalttaten. Ein Ende der Gewalt gegen alle, die nicht ins rechte Weltbild passen, ist nicht in Sicht. Um finanzielle oder andere materielle Belastungen, mit denen Betroffene und ihr Umfeld in Folge eines rechten Angriffs konfrontiert sind, abzuwenden oder zumindest abzumildern, hat die LOBBI im Jahr 2014 einen eigenen Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt ins Leben gerufen. Damit soll ein Beitrag zu einer erfolgreichen Verarbeitung des erlebten Angriffs und daraus resultierender Folgen geleistet werden.

Auch Sie können ein konkretes Zeichen der Solidarität mit den Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt setzen:

Spendenkonto

Ostseesparkasse Rostock
IBAN: DE82 1305 0000 0201 0388 46
SWIFT-BIC: NOLADE21ROS
Verwendungszweck: Opferfonds

■ lobbi-mv.de/opferfonds



Beraten

Die LOBBI berät nach rassistischen, homophoben, antisemitischen und anderen politisch rechts motivierten Angriffen die direkt Betroffenen, Angehörige und Zeuginnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung.

Stärken

Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenen Gruppen rechter Gewalt und vermittelt Netzwerkkontakte. Der Verein regt auf lokaler Ebene Prozesse an, die eine Solidarisierung mit den Opfern zum Ziel haben.

Informieren

Die LOBBI fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit. Die MitarbeiterInnen recherchieren und dokumentieren den Umfang rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern. Über die Situation der Betroffenen informieren wir unter anderem mit Vorträgen und Infotischen.

Kontakt

Unsere Regionalbüros

LOBBI West

Hermannstraße 35
18055 Rostock
Mobil: 0170.528 29 97
Telefon: 0381.200 93 77
Fax: 0381.200 93 78
west@lobbi-mv.de



LOBBI Ost

Tilly-Schanzen-Straße 2
17033 Neubrandenburg
Mobil: 0160.844 21 89
Telefon: 0395.455 07 18
Fax: 0395.455 07 20
ost@lobbi-mv.de

Unsere Bankverbindung

LOBBI

Ostseesparkasse Rostock
IBAN: DE22 1305 0000 0205 0405 94
SWIFT-BIC: NOLADE21ROS

LOBBI wird gefördert durch

